

Medienmitteilung

Schwierige Weichenstellungen in der Medienpolitik

Die Aktion Medienfreiheit nimmt mit Erleichterung zur Kenntnis, dass der Bundesrat das geplante Mediengesetz nicht mehr weiterverfolgen will. Stattdessen nun aber die Medienförderung massiv auszubauen, wäre ebenso falsch. Die Aktion Medienfreiheit kämpft für liberale Rahmenbedingungen und Meinungsvielfalt. Diese ist dann gegeben, wenn die Medien vom Staat unabhängig sind – inhaltlich wie auch finanziell.

Nach monatelangen Diskussionen und einer aufwendigen Vernehmlassung musste auch die Landesregierung einsehen, dass das „Bundesgesetz über elektronische Medien“ eine Totgeburt ist. Die Aktion Medienfreiheit hat den Gesetzesentwurf in der Vernehmlassung abgelehnt. Es braucht kein neues Gesetz über elektronische Medien. Angesichts der technologischen Entwicklungen wäre eine Deregulierung wichtig – nicht zusätzliche Gesetze.

Es wäre höchste Zeit, die längst fällige Kurskorrektur in der Medienpolitik vorzunehmen. Der „Service public“-Auftrag ist genau zu definieren, Marktverzerrungen sind abzubauen, und den Unternehmen ist mehr unternehmerische Freiheit zu gewähren. Dies alles könnte über eine Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes passieren. Zum Erlass eines neuen Mediengesetzes fehlt die verfassungsmässige Grundlage. Weder für die Regulierung des Internets noch für direkte Medienförderung besteht eine Zuständigkeit des Bundes. Dass der Bundesrat dies eingesehen hat, ist begrüssenswert.

Ebenso erfreut ist die Aktion Medienfreiheit darum über die klaren Entscheide der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF), auf eine Verfassungsänderung zur Schaffung einer Zuständigkeit des Bundes für Print- und Online-Medien zu verzichten.

Abzulehnen sind hingegen die Pläne des Bundesrats, die Medienförderung massiv zu verstärken. Namentlich im Bereich der Online-Medien gerät die Landesregierung in Widersprüche: Dieser Bereich boomt und zeichnet sich gleichzeitig durch eine enorme Angebotsvielfalt aus. Hier staatliche Subventionsflüsse etablieren zu wollen und so neue Abhängigkeiten zu schaffen, wäre grundfalsch. Die angekündigten Änderungen des Radio- und Fernsehgesetzes wird die Aktion Medienfreiheit kritisch unter die Lupe nehmen.

Zürich, 4. September 2019

Die Aktion Medienfreiheit ist eine gesamtschweizerische, überparteiliche Vereinigung. Sie setzt sich ein für mehr Medien- und Meinungsvielfalt, für eine freiheitliche Medienordnung und für mehr unternehmerischen Freiraum.

Präsident a.i.: Gregor Rutz, Nationalrat SVP, Zürich ■ **Vizepräsident:** Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, Bern ■ **Vorstand:** Pierre Bessard, Direktor Liberales Institut, Lausanne ■ Manfred Bühler, Nationalrat SVP, Cortébert ■ Franz Grüter, Nationalrat SVP, Eich ■ Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP, Zürich ■ Thomas Maier, alt Nationalrat GLP, Dübendorf ■ Thomas Müller, Nationalrat SVP, Rorschach ■ Philippe Nantermod, Nationalrat FDP, Troistorrens ■ Marco Romano, Nationalrat CVP, Mendrisio ■ Andri Silberschmidt, Gemeinderat, Zürich